

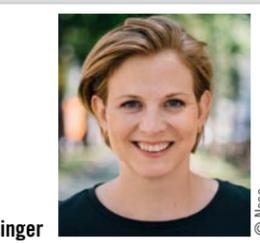
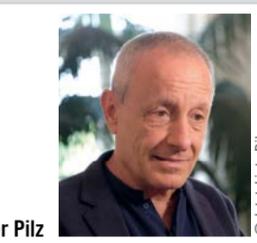
NR-Wahl: Konkret nachgefragt

Acht Parteien treten bundesweit am 29. September 2019 bei der Nationalratswahl an. Ehe und familien stellte den Spitzenkandidaten von ÖVP, SPÖ, FPÖ, NEOS, Liste JETZT und Grüne insgesamt zwölf familienrelevante Fragen und testete sie auf ihre Familienfreundlichkeit. Die ungekürzten Antworten sowie die Antworten auf die weiteren sieben Fragen aller acht antretenden Parteien finden Sie auf www.familie.at

  <p>Sebastian Kurz</p>	  <p>Pamela Rendi-Wagner</p>	  <p>Norbert Hofer</p>
<p>1 Beim Pensionsplitting braucht es meiner Ansicht nach noch Verbesserungen – das sollte automatisch passieren und nicht extra beantragt werden müssen.</p>	<p>Wir stehen zum freiwilligen Pensionsplitting wie es jetzt ist. Wichtiger sind eine bessere Aufteilung der Sorge- und Pflegearbeit sowie Maßnahmen zur Verringerung der Gehalts-schere zwischen Männern und Frauen.</p>	<p>Verpflichtende Informationskampagne von Seiten der Pensionsversicherungsanstalt und des Sozialministeriums – Pensionsansprüche der Eltern sollen während der Zeit der Kindererziehung und Betreuung geteilt werden.</p>
<p>2</p> <ul style="list-style-type: none"> • fairen Umgang bei der Vergabe von Gemeindewohnungen • neue Anreize für den sozialen Wohnbau schaffen • junge Familien bei der Schaffung von Eigentum unterstützen 	<ul style="list-style-type: none"> • bundesweit einheitliches und transparentes Mietrecht • klare Mietpreisobergrenzen • Maklergebühren sollen Vermieter zahlen • Mehrwertsteuer auf Mieten streichen 	<ul style="list-style-type: none"> • Angebot an Mietwohnungen erweitern • Bauordnungen überarbeiten • bautechnische Standards vereinheitlichen • soziale und ökologische Komponenten der Wohnbauförderung wieder in ein konstruktives Gleichgewicht bringen
<p>3 Nein. Ein staatlicher Sexualkundeunterricht sollte durch die an der Schule tätigen Pädagoginnen und Pädagogen erfolgen.</p>	<p>Ja. Wir sind dafür, externe Anbieter und Beratungsstellen eingehend zu prüfen und zu akkreditieren, bevor sie zum sexualpädagogischen Schulunterricht zugelassen werden.</p>	<p>Nein. Externe Vereine sollen nicht mehr an Schulen tätig sein dürfen.</p>
<p>4</p> <ul style="list-style-type: none"> • 100%iger Umstieg auf erneuerbare Energien bis 2030 • innovative Lösungen gegen den CO₂-Ausstoß im Verkehrs- und Gebäudebereich • Bewusstsein für den Klimaschutz bei den Bürgerinnen und Bürgern schärfen 	<ul style="list-style-type: none"> • den öffentlichen Verkehr ausbauen • 1-2-3-Klimaticket: Für 3 Euro pro Tag durch ganz Österreich, 2 Euro für 3 Bundesländer und 1 Euro für ein Bundesland 	<ul style="list-style-type: none"> • niedrigere Steuern auf Energie aus erneuerbaren Primärträgern • Produkte, die einen langen Transportweg aufweisen, explizit kennzeichnen • unsere Devise: regional und saisonal vor global
<p>5</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kinderbetreuung ausbauen • pflegende Angehörige besser unterstützen <p><u>Tabu:</u> Abschaffung des Familienbonus Plus</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Unterhaltsgarantie für Kinder <p><u>Tabu:</u> Aufweichung der Fristenregelung</p>	<p>Die Frage stellt sich jetzt noch nicht.</p>

DIE FRAGEN...

- 1 Wie stehen Sie zum freiwilligen Pensionsplitting?
- 2 Leistbarer Wohnraum wird zunehmend zur Mangelware. Welche Maßnahmen setzen Sie, um Wohnen für Familien erschwinglicher zu machen?
- 3 Sexualpädagogik: Sollen externe Vereine weiterhin an Schulen tätig sein dürfen?
- 4 Was werden Sie zur Bewahrung der Schöpfung – etwa zum Schutz der Umwelt und des Klimas – beitragen?
- 5 Wenn Ihre Partei den/die nächste Familienminister/in stellt, welche zwei Vorhaben würden Sie unbedingt umsetzen wollen; was wäre absolut tabu?

  <p>Beate Meinl-Reisinger</p>	  <p>Peter Pilz</p>	  <p>Werner Kogler</p>
<p>1 Wir sehen das Pensionsbeitragssplitting als geeignetes Instrument um Altersarmut, speziell bei Frauen, zu verhindern und sind für ein automatisches Pensionsbeitragssplitting (Opt-out-Variante).</p>	<p>Dem automatischen Pensionsplitting mit der Möglichkeit einer Opt-Out-Variante stehen wir positiv gegenüber, da so die derzeit bestehende große Ungerechtigkeit beim Pensionsanspruch von Frauen und Männern reduziert werden kann. Es kann aber nur eine Hilfskonstruktion sein.</p>	<p>Die Grünen haben ein Pensionsmodell vorgelegt, das aus einer Grundpension für alle und einer Erwerbspension besteht. Bei der Erwerbspension ist ein verpflichtendes Pensionsplitting in Zeiten der Partnerschaft vorgesehen.</p>
<p>2</p> <ul style="list-style-type: none"> • Investitionen in Wohnraum müssen attraktiver werden • stärkere Subjektförderung • Zweckwidmung der Wohnbauförderung • mehr Treffsicherheit im sozialen Wohnbau • stärkere Transparenz und Einkommensmonitoring bei der Vergabe 	<ul style="list-style-type: none"> • Bautätigkeit durch die öffentliche Hand ausbauen • Ausbau von Gemeindewohnungen • befristete Mietverträge nur in Ausnahmefällen • Maklerprovisionen sollen nicht mehr vom Mieter gezahlt werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Mietpreis-Bremse einziehen • befristete Mietverträge zurückdrängen • stärker in den gemeinnützigen Wohnbau investieren
<p>3 Ja. Aus unserer Sicht ist es grob fahrlässig, als Folge der Causa TeenSTAR alle Experten von den Schulen zu verbannen.</p>	<p>Ja. Für die Prävention von Missbrauch und sexualisierter Gewalt braucht es Expertinnen und Experten.</p>	<p>Ja. Der Einsatz von externen Sexualpädagoginnen und -pädagogen hat sich bewährt. Es braucht aber klare Qualitätskriterien und eine Festlegung auf konkrete Inhalte.</p>
<p>4</p> <ul style="list-style-type: none"> • für aufkommensneutrale CO₂-Steuer eintreten • Klimabudget einführen • umweltschädliche Subventionen abschaffen • Pflanzenschutz (Landwirtschaft) reduzieren • öffentlichen Verkehr ausbauen • Ressourcenverbrauch, Plastikmüll reduzieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Rahmenbedingen schaffen, die allen Bürgern und Bürgerinnen in Österreich eine klimaneutrale Lebensweise ermöglicht. 	<ul style="list-style-type: none"> • Österreich bis 2040 klimaneutral machen • Klimaschutz in der Verfassung als Staatsziel verankern • aufkommensneutrale, öko-soziale Steuerreform einführen, die das Steuerprivileg für Diesel und Kerosin abschafft, Arbeit entlastet und eine CO₂-Komponente einführt
<p>5</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rechtsanspruch auf einem Betreuungsplatz ab dem 1. Geburtstag • Jedes Kind ist gleich viel wert – keine Kinderstaffel bei der Familienbeihilfe • Inaktivitätsfallen im Steuer- und Abgabensystem beseitigen 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterhaltssicherung für Alleinerziehende • Einführung einer Kindergrundsicherung <p><u>Tabu:</u> Gebühren für den Kindergarten, Ausbaustopp bei ganztägigen Betreuungsangeboten</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Maßnahmen zur verstärkten Einbeziehung der Väter in die Familienarbeit • Ausbau der gerichtlich durchsetzbaren Rechtsansprüche von Kindern und Jugendlichen <p><u>Tabu:</u> Leistungs-/Anspruchskürzungen, Verschlechterungen beim Zugang zu Betreuungseinrichtungen</p>